

1. PREIS
Sozialwissenschaften

Wie legitim ist das TINA-Prinzip?

Die Politologin Astrid Séville widmete sich in ihrer Doktorarbeit der Rhetorik der politischen Alternativlosigkeit. Anhand von drei Fallbeispielen untersuchte sie deren meist destabilisierende Auswirkungen auf demokratische Politik.





Im März 2010 bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel die finanziellen Hilfen für Griechenland als »alternativlos«. Damit bediente sie sich des bei Politikern beliebten »TINA«-Prinzips (TINA steht für »there is no alternative«). Eine Jury von Sprachkritikern kürte »alternativlos« sogar zum Unwort des Jahres 2010: Es wirke, so die Unwort-Jury, »wie ein ›Basta.«

»Merkel nutzt das Wort ›alternativlos‹ als rhetorische Allzweckwaffe«, stellt auch Astrid Séville fest. Die Münchener Politologin hat über TINA-Rhetorik als moderne Regierungstechnik promoviert und deren Auswirkungen auf demokratische Politik untersucht: »TINA ist im politischen Diskurs allgegenwärtig und gefährdet das Vertrauen in die Demokratie. Denn wenn eine Entscheidung als einzig vernünftige oder moralisch gebotene dargestellt wird, erscheint dagegen gerichteter Widerspruch als irrational und illegitim.« Dies führe zu einer Entfremdung zwischen Bürgern und Politik, destabilisiere die politische Kultur und befördere den Aufstieg populistischer Protestparteien.

In der Politikwissenschaft fehlten bislang eine historische Aufarbeitung und systematische Einordnung des TINA-Prinzips. Diese Lücke hat Séville geschlossen. Sie untersuchte die TINA-Problematik anhand von drei Fallbeispielen: der neoliberalen Politik der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher, der Politik einer wirtschaftlichen Liberalisierung und Deregulierung der britischen Labour-Partei unter Tony Blair und der SPD unter Gerhard Schröder sowie im Kontext der Eurokrise.

TINA kann auch Reformen rechtfertigen

Die TINA-Rhetorik gilt als Merkmal technokratischer und neo-

liberaler Politik. Um diese These genauer zu untersuchen, griff Séville auf das vom Nachkriegssoziologen Helmut Schelsky entwickelte Modell des »technischen Staates« zurück. In diesem seien Gesellschaft, Verwaltung, Bürokratie, Wissenschaft und Technik derart verwoben, dass nur noch Experten für das Gemeinwohl optimale Entscheidungen treffen könnten. Die Politik sei darauf beschränkt, praktische und technische Zwänge anzuerkennen und umzusetzen. Am Ende bleibe nur »ein bester Weg« (*one best way*).

Ging es Margaret Thatcher – die TINA einst populär machte – also darum, die Gesellschaft zugunsten wissenschaftlicher Expertise oder Technokratie zu entpolitisieren? Keinesfalls, meint Séville: »Thatcher stellte vielmehr ihre Überzeugung zur Schau, ihre wirtschaftsliberale und konservative Politik sei die einzig vernünftige Agenda. Dabei berief sie sich fortlaufend auf den ›gesunden Menschenverstand‹. Sie inszenierte sich so als vernünftige, anständige, moralisch integre Premierministerin, die schlichtweg das logisch Gebotene umsetze.« Ihre Lösung sei »ein richtiger Weg« (*one right way*). Den »Sozialismus« der Labour-Partei hingegen habe Thatcher als empirisch gescheitert bezeichnet. Daher ziele, so Séville, ihre TINA-Rhetorik auf Diskreditierung des politischen Gegners: »Dies spricht nicht für politische Ohnmacht, sondern artikuliert einen politischen Steuerungsanspruch.«

Grundlegend anders bewertet die Politologin die TINA-Entscheidungen von Tony Blair und Gerhard Schröder: Beide hätten die wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung als notwendige »hard choices« betrachtet, mit der sich die Sozialdemokratie pragmatisch den Herausforderungen der Globalisierung stellen müsse. Dies erfordere Reformen, die ungeach-



tet ideologischer Grundsätze umzusetzen seien. Der sogenannte »Dritte Weg« der Labour-Partei erschien somit als »ein notwendiger Weg« (*one necessary way*), sagt Astrid Séville: »Alternativlosigkeit steht hier für eine politisch-ideologische Synthese, die über alle Gräben hinweg verbindend wirken soll und dazu auch wissenschaftliche Sachargumente anführt.«

»Alternativlos« als Kriseninstrument

Wieder deutlich anders wirkten die TINA-Verlautbarungen in der Eurokrise. Diese galt als »Notstand«, der keine Alternative zu Banken- und Staatsrettungen zulasse. Unter Zeitdruck mussten kritische Entscheidungen getroffen werden. Séville: »Angesichts der akuten Gefahr bröckelnder Ordnung beriefen sich die Akteure auch hier auf Alternativlosigkeit, um sich auf Notwendigkeiten, Evidenzen und Sachzwänge zurückziehen zu können. Die TINA-Rhetorik war somit ein Kriseninstrument.« Gleichwohl seien unterschiedliche politische Kulturen und Vorstellungen aufeinandergeprallt. Frankreich etwa habe auf den »alternativlosen« Wert von Solidarität verwiesen und sich stärkere wirtschaftliche Regulierung gewünscht, während Deutschland stärkere Kontrolle der nationalen Haushalte eingefordert habe. Um die jeweiligen TINA-Kritiker mundtot zu machen, hätten sich die Akteure teilweise auch darauf berufen, nicht zuständig zu sein.

»Die entscheidende Frage ist«, so Séville, »wie politische Akteure mit dem gegebenen Handlungsspielraum umgehen. Deshalb ist es wichtig, die politischen Interessen und Strategien hinter einer Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang zu erkennen. Eine meiner zentralen Thesen ist, dass TINA-Rhetorik über eine politische Funktion verfügt, aber demokratisch dysfunktional wirkt.« Kennzeichen einer funktionierenden Demokratie sei, dass Entscheidungen in einem ergebnisoffenen Verfahren getroffen werden – ohne Anspruch auf absolute Richtigkeit oder Wahrheit zu erheben. Die Preisträgerin hofft, dass die von ihr entwickelten TINA-Modelle als Vorlage für weitere Analysen dienen können, »um künftige politische Diskurse zu systematisieren und einzuordnen«.

Studienpreis-Jurorin Patricia Lips

»Astrid Séville liefert eine sehr relevante Arbeit zu einem hochaktuellen und brisanten Thema. Die Politologin analysiert kenntnisreich und überzeugend, wie die Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang als politische Strategie eingesetzt wird und wie sie wirkt: Sie unterbindet eine offene politische Diskussion, was letztlich zu Enttäuschung und Politikverdrossenheit bei Bürgerinnen und Bürgern führt.«

Astrid Séville (32) studierte zwischen 2004 und 2010 Politikwissenschaft, Historische Anthropologie und Romanistik an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg sowie der Université Denis Diderot in Paris. Von 2011 bis 2015 promovierte sie zu »Sachzwang und Alternativlosigkeit. Eine politische Anamnese« am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Im Anschluss war sie für drei Monate Visiting Fellow am Centre for the Study of History of Political Thought an der Queen Mary University in London (UK). Seit 2011 ist Astrid Séville wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geschwister-Scholl-Institut der LMU. Im Mai 2016 wurde sie als Mitglied in die Junge Akademie Mainz aufgenommen.

Beitragstitel Die Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang – oder: Warum wir eine demokratische Sprache brauchen

Dr. Astrid Séville

Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft,
Ludwig-Maximilians-Universität München

E-Mail astrid.seville@gsi.uni-muenchen.de